

# Stadtverwaltung Lahnstein

---

## Sitzungsvorlage

Drucksachen-Nr.: **BV 23/4361**

Fachbereich	Datum
Fachbereich 4 - Bauen, natürliche Lebensgrundlagen und Eigenbetrieb WBL	29.03.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentlich / nichtöffentlich
Fachbereichsausschuss 4	26.04.2023	Ö
Stadtrat	11.05.2023	Ö

## **Neue Lahnquerung; hier: Vorstellung Machbarkeitsstudie und Einleitung des europaweiten Ausschreibungsverfahrens**

### Sachverhalt:

Bis zur BUGA 2029 soll in Lahnstein eine durchgehende touristische Radwegeführung am Rheinufer entstehen. Auf Höhe der Lahnmündung soll eine Fuß- und Radwegbrücke errichtet werden, die das Rheinufer in Niederlahnstein mit dem Hafenköpfchen in Oberlahnstein verbindet.

Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK), das am 30. Januar 2020 vom Stadtrat beschlossen wurde, ist als Ergebnis der Leitbilddiskussion festgehalten, dass eine "Lahnquerung" (Brücke oder Gierfähre über die Lahn am Hafenköpfchen, verbunden mit einem Radweg vom Hafenköpfchen bis zur Hafeneinfahrt) aus Sicht der Bürger und der Politik an erster Stelle steht (vor der "Stadtkernentlastungsstraße" als Teil der Ortsumgehung). Hier heißt es: „Der landschaftlich attraktive Bereich zwischen Rhein und Hafen soll durch Verbesserung der Wegezustände barrierefrei nutzbar gemacht werden. Wünschenswert ist eine Weiterführung über die Lahn / den Hafen mit Anbindung an die Brückenstraße als Verbindung nach Niederlahnstein.“

Im Maßnahmenprogramm des ISEK und damit auch in der Kosten- und Finanzierungsübersicht ist die Lahnquerung unter der lfd. Nr. 2.5.11 mit einem Betrag von 700.000 Euro für die Planungskosten enthalten. Es ist daher mit einer Zuwendung aus Mitteln der Städtebauförderung (früher: STU Stadtumbau, jetzt: WNE Wachstum und nachhaltige Entwicklung - Nachhaltige Stadt) in Höhe von 80 - 90 % zu rechnen.

Im Juni 2022 beauftragte die Verwaltung das Ingenieurbüro schlaich bergemann partner (sbp) mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie.

Im Rahmen der Bearbeitung wurden maßgebende Ämter und Institutionen informiert, angehört und um Stellungnahme gebeten. Alle Eingaben wurden gesammelt und bei der Studie berücksichtigt.

Herr Schächner vom Ingenieurbüro sbp stellt den Gremien den aktuellen Stand der Machbarkeitsstudie in einer Videokonferenz vor.

Auf Grundlage der Machbarkeitsstudie soll die Planungsleistung öffentlich ausgeschrieben werden. Die zu vergebenden freiberuflichen Leistungen sind auf Grund des Überschreitens des Schwellenwertes (214.000 € netto) gemäß Vergabeverordnung EU-weit auszuschreiben. Es soll ein Verhandlungsverfahren mit einem vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden. Hierdurch wird in einem ersten Schritt die Eignung der Teilnehmer hinsichtlich u.a. ihrer Leistungsfähigkeit bezüglich technischer Fachkräfte, vergleichbarer durchgeführter Planungsaufgaben, technischer Ausstattung, Erfahrung hinsichtlich planungsspezifischer Anforderungen (z.B. Gestaltung unter Berücksichtigung der Lage im Welterbe Oberes Mittelrheintal und wasserwirtschaftlicher Belange) usw. abgefragt. In einem zweiten Schritt erfolgt die Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Die Beauftragung der Ingenieurleistungen (Leistungsbilder: Ingenieurbauwerke, Tragwerksplanung, Verkehrsanlagen) ist stufenweise vorgesehen. Das gesamte Vergabeverfahren wird ab der öffentlichen Bekanntmachung zum Teilnahmewettbewerb bis zu einer Beauftragung ca. 4 - 6 Monate dauern. Darin sind die erforderlichen Beratungstermine in den städtischen Gremien noch nicht berücksichtigt.

Die Planungskosten können zum jetzigen Zeitpunkt auf ca. 850.000 Euro geschätzt werden.

In weiteren Verfahren sind noch weitere Leistungen für z.B.

- Landschaftsplanerische Leistungen, Umweltverträglichkeitsstudie
- Geo- und Umwelttechnik, Kampfmittelortung
- Prüfindenieurleistungen
- SiGeKo

zu vergeben.

### **Finanzierung:**

Vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes sind die finanziellen Mittel im Haushalt unter der Maßnahmennummer 54100000-096 vorgesehen.

**Auswirkungen Umweltschutz:**

Die Durchführung des EU-weiten Ausschreibungsverfahrens hat keine Auswirkungen auf den Umweltschutz.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um das nach der Vergabeverordnung erforderliche EU-weite Ausschreibungsverfahren für die in der Vorlage beschriebenen freiberuflichen Leistungen zur Planung der Lahnquerung durchzuführen.

(Lennart Siefert)  
Oberbürgermeister